

Zeitschrift: Trans : Publikationsreihe des Fachvereins der Studierenden am
Departement Architektur der ETH Zürich

Herausgeber: Departement Architektur der ETH Zürich

Band: - (2022)

Heft: 41

Artikel: Dystopie im Provisorium : Utopie im Erinnern

Autor: Msallam, Rami

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1037212>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Die Sprache ist nicht rein beschreibend, sie existiert im Kontext eines machtvollen lokalen und globalen Zusammenlebens. Das Konzept, dass Gewalt nur physisch sei, ist irreführend. Auch die Sprache kann verletzend sein und Traumata verursachen.»

DYSTOPIE IM PROVISORIUM, UTOPIE IM ERINNERN

Rami Msallam

Rami Msallam, geboren 1999 in Aleppo, Syrien, studiert Architektur im 6. Semester an der ETH Zürich. Er ist Hilfsassistent an den Professuren von Philip Ursprung und Benjamin Dillenburger. Er ist engagiert in der Eventskommission des Fachvereines «architektura». Neben dem Studium ist er aktiv im Vorstand von «map-F», Monitoring und Anlaufstelle für Menschen mit F-Status. Rami ist sowohl politisch sowie künstlerisch involviert in der Gruppe «Schwarzenbach-Komplex», ein kollektives Langzeitprojekt für vielstimmige Erinnerungspolitik.

«Wir werden nach zwei oder drei Monaten zurückgehen. Die Situation wird sich bestimmt verbessern» — das waren die Worte meines Vaters vor fast zehn Jahren, als wir schnell unsere Koffer packen mussten, um aus dem Bürgerkrieg in Syrien zu fliehen. Wir haben uns selbst angelogen. Wahrscheinlich wollten wir uns einreden, dass diese Situation bald vorbei sein würde. Doch die Wahrheit manifestierte sich Jahr für Jahr auf hässliche Art und Weise: Es wird kein Zurück mehr geben.

Nach einer langen Flucht und einer verlorenen Zeit kamen wir im Sommer 2015 endlich in der Schweiz an. Vieles hätte falsch laufen können. Ich werde die Flucht nie vergessen können; eine Erfahrung, einem Koma vergleichbar. Der menschliche Körper wird vom aktiven zum passiven Apparat. Man kann keine Entscheidungen mehr treffen. Einzig der Instinkt zu leben ist aktiv, alles andere ist tot.

Endlich ein neuer Anfang, ein Leben ohne Angst vor Krieg und Gewalt — und endlich wieder Hoffnung. Die Hoffnung, ein stabiles Leben zu führen und in die Zukunft blicken zu können. Doch das Leben im unsicheren Provisorium war noch nicht zu Ende. Es hat für uns in der Schweiz mit dem F-Status lediglich eine neue Form gefunden — «die vorläufige Aufnahme».

Der F-Status ist die Grundlage für Rechtsungleichheit und eine politische Markierung, die zwischen anerkannten und nicht anerkannten Menschen mit Fluchterfahrung unterscheidet. (1) Ein System, das Ungleichheiten in der Gesellschaft verstärkt und institutionelle Gewalt auf die Schwächsten ausübt. Meiner Meinung nach spielt die strukturelle Gewalt, die durch Gesetze zementiert wird, die grösste Rolle bei der Erniedrigung von bestimmten Bevölkerungsgruppen. Denn dort wird gesetzlich geregelt und vorgeschrieben, dass wir im Prinzip nicht gleichgestellt in einer Gesellschaft leben dürfen.

Der F-Status wurde behelfsmässig während der Jugoslawienkriege eingeführt und war ursprünglich als kurzfristiger Schutz vor einer Abschiebung gedacht, um Menschen aufzunehmen, die zwar an Leib und Leben bedroht waren, aber nicht wegen ihrer politischen Aktivitäten verfolgt wurden. (2) Mittlerweile wird der F-Status über den Rahmen des angedachten Zweckes hinaus verwendet. Vom Schweizer Staat erhalten Menschen einen Aufenthaltsstatus, wenn sie die Flüchtlingseigenschaft erfüllen. Diese Eigenschaft setzt voraus, dass man einen Beweis individueller Verfolgung nachweisen kann. Das ist problematisch, weil nicht alle Schutzbedürftigen einen solchen Nachweis liefern können. Denn in Bürgerkriegen werden oft nicht nur Individuen, sondern auch ganze Gruppen verfolgt, die dadurch einer lebensgefährlichen Situation ausgesetzt sind. Somit erhalten in der Schweiz nicht alle Schutzbedürftige einen Flüchtlingsstatus oder einen Aufenthaltstitel, weil jedoch eine Abschiebung in das Heimatland laut internationalem Recht unzumutbar ist, wird ihnen eine vorläufige Aufnahme, der «F-Status» erteilt. Der Flüchtlingsbegriff wird äusserst restriktiv ausgelegt und von der Schweiz benutzt, um eine Position einzunehmen, die vermittelt, dass das Land eine verschärfte Asylpolitik betreibt. Diese Strategie beabsichtigt,

die Schweiz für schutzbedürftige Menschen als unattraktiv erscheinen zu lassen, und zielt auf eine Politik der Abschreckung ab.

Ein Satz, den ich immer wieder höre, ist: Wer hier vorläufig bleibe, dürfe nicht die gleichen Rechte wie die Einheimischen haben. Damit ist die Grundlage einer «erfolgreichen Integration», was auch immer unter «Integration» verstanden werden soll, von vorläufig aufgenommenen Personen im Prinzip kaum erreichbar. Ich verwende ungern das Wort «Integration», weil es politisch geladen und seine Definition sehr vage ist. «Integration» wird oft von Personen mit gewissen politischen Positionen instrumentalisiert, um das eigene Argument zu stärken. Der Begriff impliziert eine einseitige Beziehung, in der diejenigen, welche die Integrationsanforderungen stellen, eindeutig Hierarchien schaffen. Von einem weissen nordamerikanischen Professor, der in die deutsche Schweiz einwandert, wird nicht verlangt, sich zu integrieren oder überhaupt Deutsch zu lernen. Eine Person hingegen, die aus dem Iran kommt, die kein Deutsch, aber ziemlich gut Englisch spricht, wird als undankbar empfunden. Dieses Paradox ist nicht leicht zu erklären, aber es lässt sich feststellen, dass der Gebrauch des Begriffs «Integration» nicht sachlich und neutral, sondern in einen komplexen soziokulturellen, geopolitischen, rassistischen und klassistischen Zusammenhang eingebettet ist.

Am Anfang meines Lebens in der Schweiz durfte ich nicht in die Schule gehen. Es hiess, man könne mich in die Schule schicken, aber man müsse nicht. Ich verstand diese Begründung nicht, denn in anderen Gemeinden konnten junge Menschen in meiner Situation zur Schule gehen. Die Behörden nutzten ihren Spielraum aus und wollten wahrscheinlich die Kosten meiner Bildung einsparen. Ich war frustriert. Ich wohnte in einem kleinen Dorf, kannte niemanden und verstand die Sprache nicht. Das Schwierigste war, sich nicht beschweren zu dürfen. Denn sobald man die Art und Weise, wie die Behörden das unmenschliche System umsetzen, hinterfragt, wird die Diskussion mit «Ja, sei mal dankbar, dass du überhaupt in der Schweiz leben darfst» beendet. So wird jede Art von Widerspruch verunmöglicht. Klar muss man dankbar sein, dass man genug zu essen und ein Dach über dem Kopf hat. Ich fragte mich aber manchmal: Was unterscheidet mich tatsächlich von einem Tier? Diese Frage wurde in der Ausstellung «Shelter is not enough» (3) vom Verein «Architecture for Refugees SCHWEIZ» aufgegriffen. Sie beleuchtet kritisch die Vorstellung, dass das Wohnen auf ein Bett und ein Dach über dem Kopf reduziert werden könnte.

Ich verstand nie, weshalb der Ausdruck «Flüchtling» so negativ konnotiert ist. Wieso steht «Flüchtling» nicht für Menschen, die alles verloren haben und trotzdem versuchen, weiterzuleben und die Hoffnung nicht aufzugeben? Stattdessen wird ein Flüchtling auf etwas Niedrigeres reduziert — zu einem Unmensch gemacht. Obwohl die Handlung der Flucht in einer geschlossenen Zeitspanne in der Vergangenheit stattfindet, wird der Begriff «Flüchtling» stattdessen zu einem Label, das einen ewig forcierten Zustand der Nichtzugehörigkeit oder der Unschärfe impliziert. Eine angemessene und adäquatere Bezeichnung wäre «Menschen mit Fluchterfahrung». Hierbei ist es wesentlich einzusehen,



(fig.a) Fire, 2022.
Bild: Autor

dass der Mensch im Vordergrund steht und die Erfahrung, die er einst machte, an sekundärer Stelle.

Die Sprache ist nicht rein beschreibend, sie existiert im Kontext eines machtvollen lokalen und globalen Zusammenlebens. Das Konzept, dass Gewalt nur physisch sei, ist irreführend. Auch die Sprache kann verletzend sein und Traumata verursachen. Deshalb ist es wesentlich, die eigene Sprache immer wieder zu reflektieren und eine Kultur zu pflegen, die Sprache nicht als fixes Konstrukt wahrnimmt, sondern als ein adaptierbares Verhandlungsobjekt. Die Reflexion über die Sprache darf zwingend nicht abschliessend sein. Denn widerspiegelt sie meist grössere und aktuelle Themen und wirft Fragen auf, ob die Gesellschaft grundsätzlich bereit ist, sich damit auseinanderzusetzen oder nicht. In dem Fall bringt der Begriff «Flüchtling» für mich klar das System des gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Ausschlusses zum Ausdruck, das ich und viele andere durchlaufen (haben).

In einer Nachbargemeinde fand ich einen Lehrer, der mir helfen wollte, in die Schule zu gehen. Diese freiwillige Hilfe stiess in meiner Gemeinde auf grossen Widerstand, und mir wurde sogar mit einer Strafanzeige gedroht. Dieser Lehrer ist mittlerweile ein guter Freund. Er setzte sich für mich ein, und ich durfte dank seinen Bemühungen die Sekundarschule als Zuhörer besuchen. Inzwischen mache ich meinen Bachelor in Architektur an der ETH Zürich. Viele sagen mir, ich sei fleissig und ehrgeizig und deshalb habe ich all das erreichen können. Ich bin nicht einverstanden. Ich denke, es war Zufall und ganz viel Glück. Ich will mir nicht vorstellen, wie viele Menschen mit der gleichen Geschichte wie ich keinen solchen Lehrer gefunden und daher nie die Chance bekommen haben, ihre Fähigkeiten und Talente zu zeigen. Es gibt klare Vorstellungen und Erwartungen, welche Rollen und welche Jobs Menschen mit Fluchterfahrung übernehmen sollen. Das sind meistens Arbeiten, die nicht nachhaltig sind und keinen sozialen Aufstieg ermöglichen. (4)

Ich kann von vielen Momenten erzählen, bei denen ich realisierte, dass ich weniger Rechte als meine Mitschüler:innen hatte. Als ich in die Klasse der Kantonsschule kam, waren meine Kolleg:innen überrascht, dass ich kein Whatsapp hatte. Wie konnte ich ihnen erklären, dass ich mit dem F-Status keine SIM-Karte kaufen durfte. Jeden Mittwoch konnten meine Klassenkamerad:innen gratis ins Kino, weil sie ein Konto bei der Kantonalbank besaßen. Mit dem F-Status darf man kein Bankkonto eröffnen. (5) Mit meiner Italienischklasse durfte ich nicht nach Italien mitreisen. Ich hatte auch keine Chance, bei der Maturareise nach Prag dabei zu sein. Meine Band musste meinetwegen zwei Konzerte in Deutschland absagen. Bei der Seminarwoche meines Entwurfsstudios an der ETH wiederholte sich die Geschichte: Menschen mit F-Status dürfen wegen des Ausreiseverbotes, das im Jahr 2021 noch verschärft wurde, die Schweiz nicht verlassen. (6) Den Wohnort wechseln darf man mit F ebenfalls nicht, was für mich mehr als drei Stunden Pendeln pro Tag bedeutete. Das mögen im Einzelnen Kleinigkeiten darstellen, aber sie waren für mich im Gesamten ein Manifest dafür, dass in dieser Gesellschaft nicht alle Menschen gleich viel wert sind. Diese strukturellen und institutionellen Bar-

rieren fungieren als soziale Ausschlussmechanismen, die erhebliche Auswirkungen auf die Führung eines selbstbestimmten Lebens eines Individuums ausüben und dessen Grundrechte eindeutig verletzen.

Im Architekturdepartment der ETH gibt es die schöne Tradition der Apéros. Fast jede Woche stösst man in irgendeiner Ecke des HIL-Gebäudes auf einen. Im Prinzip ist es eine tolle Gelegenheit, um einen Ausgleich zum herausfordernden Alltag der Architekturstudierenden zu schaffen. Es finden Gespräche statt und man lernt neue Freund:innen kennen. Doch ich musste lernen, dass man nicht überall über alles reden kann. Es kam oft vor, dass ich an solchen Gesprächen etwas über die Herausforderungen oder Sorgen, die ich wegen meines Status erlebe, erzählen musste. Ich lernte aber mit der Zeit, dass ich so wenig wie möglich davon erzählen soll. Denn solche Gespräche führten meistens zu einem unangenehmen Schweigen oder einem unproduktiven Mitleid. Ein Phänomen, das den Raum für Diskurs über das Unangenehme negiert. Es ist, als würde man die Existenz des Unangenehmen verleugnen, indem man nicht darüber spricht.

Die Arbeitsgemeinschaft «Schwarzenbach-Komplex» (7) — gegründet von der Designhistorikerin Paola De Martin, die kürzlich am Institut für Geschichte und Theorie der Architektur (gta) der ETH Zürich promoviert hat, und von dem Sozialanthropologen Rohit Jain — versucht eine Erinnerungskultur über die unsichtbaren Strukturen des Rassismus und die hartnäckige Tradition der Fremdenfeindlichkeit der Schweiz zu schaffen. Dieselben Arbeitsmigrant:innen, die wortwörtlich die Schweiz bauten und für den steigenden Wohlstand des Landes verantwortlich waren, wurden als Bedrohung für die Schweiz wahrgenommen. Und auch heute werden Migrant:innen über rechtliche Bestimmungen und gesellschaftliche Stereotypisierung in Billiglohnsegmente kanalisiert. Nur sind es nun Menschen von ausserhalb Europas und statt des Saisonierstatus sind es F-Status oder Nothilfe, die Menschen in prekären Lebensbedingungen gefangen halten.

Innerhalb dieses Kollektivs fand ich den Raum, um mein Wissen und meine Erfahrungen auf eine positive Art einzubringen. Durch die Erinnerungen der verschiedenen Teilnehmer:innen wird an eine neue Zukunft erinnert. Dass die Erzählung meiner Erfahrung an Apéros oder in anderen alltäglichen Situationen eine unangenehme Stimmung schuf, kannte Paola nur zu gut, wenn sie über die Erfahrungen als Kind von Arbeitsmigrant:innen erzählte. Sie sprach von der Erfahrung als «Partykiller», und ich wusste genau was sie meinte. Und meine Geschichte, dass ich nicht zur Schule gehen sollte, kannte die Fotografin Catia Porri, die in den 1960er Jahren als Kind eines Saisoniers illegalisiert worden war. Und als auch sie zur Schule ging, wurden ihre Fähigkeiten nie ernst genommen und auch sie sollte besser nicht aufs Gymnasium — gemäss ihrem Lehrer. Dass sie schlussendlich trotzdem Fotografin wurde, war vor allem ein unglaublicher Hürdenlauf. Gemeinsam inszenierten wir an einem Performance-Abend am Zürcher Theater Spektakel das Gespräch «Wut auf Bildung». (8) Denn wir waren uns einig: Wir haben es nicht dank des Schweizer Bildungssystems geschafft, sondern trotzdem. Und niemals werden

wir die Rolle als Integrationsheld:innen spielen, die das System braucht, um die strukturellen Hürden zu vertuschen.

Ich glaube fest daran, dass der Mensch im Kern gut ist. Doch gut zu sein ist nicht dasselbe, wie Gutes zu tun. Keiner meiner Freund:innen an der Schule oder an der Universität wusste bisher, was ein F-Status ist oder dass es diesen überhaupt gibt. Sie sind auch nicht unbedingt schuld daran, dass sie es nicht wussten. Aber wenn ich ihnen davon erzähle, sind sie schnell überfordert und keiner will sich damit befassen.

Gutes zu tun heisst, sich zu engagieren und sich für die Rechte der weniger Privilegierten einzusetzen. Die Politik wird sich nur dann ändern, wenn wir anfangen in horizontale Gespräche zu treten und mehr Menschen sensibilisiert werden. Erst wenn die strukturelle Gewalt der Schweiz als Kontinuität einer Geschichte, die bereits mit den Saisoniers angefangen hat und noch nicht abgeschlossen ist, anerkannt und die Migration als eine Tatsache akzeptiert wird, die längst da ist und als Bereicherung für die Schweiz wahrgenommen wird, können wir die Vergangenheit aufarbeiten und die Zukunft gerecht gestalten. Die strukturelle Gewalt muss sichtbar werden, um überhaupt einen produktiven Diskurs zu ermöglichen, der Veränderungen bewirken kann.